

### Die Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs.

**Für Verhandlungen mit den Parteien und für  
die Entfernung des Kabinetts Dr. v. Seidler.**

Wien, 11. Juni.

Die gestern in Krakau gefaßten Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs lauten:

1. Das Präsidium wird von der parlamentarischen Kommission ermächtigt, Verhandlungen mit den parlamentarischen Gruppen anzuknüpfen, die wirksame Garantien gegen das Attentat auf die Unteilbarkeit Galiziens bieten, den Schutz der von der russischen Herrschaft befreiten Länder vor Annexionsabsichten sowie die Erfüllung aller vom Polenklub der Regierung gegenüber gestellten Landesforderungen sichern würden. Das Ergebnis der Verhandlungen wird dem Polenklub zur Genehmigung vorgelegt werden.

2. In Anbetracht dessen, daß die Regierung Dr. v. Seidler der polnischen Frage gegenüber eine direkt feindselige Haltung eingenommen hat, daß sie seit Beginn ihrer Tätigkeit, trotzdem der Polenklub dreimal die Annahme des Budgets im Reichsrate ermöglicht hat, trotz kategorischer Zusagen nicht einmal die aus der Pflicht des Staates gegenüber den Staatsbürgern fließenden Forderungen des Polenklubs erfüllt hat, daß sie in krasser Weise die Grundlagen der Erhaltung eines Friedens zwischen den Nationalitäten während des Krieges zerrüttete, daß sie in hohem Grade das parlamentarische Leben untergrub, daß sie das Staatsbewußtsein lahmlegt, erklärt sich die am 9. und 10. d. in Krakau tagende parlamentarische Kommission im Interesse des Staates für die Entfernung der Regierung Dr. v. Seidler.

3. Die parlamentarische Kommission fordert unbedingt die schnelle Einberufung des Reichsrates und protestiert im Vorhinein gegen alle Gelüste, ohne parlamentarische Kontrolle regieren zu wollen.

4. Der Termin und der Ort der nächsten Klub Sitzung wird dem Präsidium mit dem Beifügen anheimgestellt, daß auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung die Wahl des Klubobmannes zu stellen ist.

#### Die Auffassung in polnischen Kreisen.

Von führender polnischer Seite wird den „Polnischen Nachrichten“ hiezu mitgeteilt, daß die obigen Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Sie beinhalten ein Bekenntnis zum Staate, erklären sich für die Staatsnotwendigkeiten und für eine Verständigung mit den deutschen Parteien, welche allein imstande sind, die im ersten Punkte der Entschließung genannten Forderungen zu verwirklichen.